

Newsletter Natur- und Umweltschutz 5/2007 von Gisela Splett,
umweltpolitische Sprecherin der Grünen Landtagsfraktion Baden-Württemberg

Liebe Leserinnen und Leser,
vor lauter Arbeit komme ich mit dem Newsletter-Schreiben kaum nach.
Trotzdem anbei eine kurze Übersicht über meine Landtags-Initiativen zu
Natur- und Umweltschutz und was mich sonst in diesem Themenfeld innerhalb
der letzten Wochen beschäftigt hat.

Mit den besten Wünschen,
Gisela Splett

1) FORTSCHREIBUNG UMWELTPLAN

Der Umweltplan des Landes soll noch dieses Jahr fortgeschrieben werden.
Laut Antwort auf meinen diesbezüglichen Antrag ist demnächst mit der
Freigabe des Fortschreibungsentwurfs für die öffentliche Anhörung zu
rechnen. Die Fertigstellung soll noch dieses Jahr erfolgen.

Zu befürchten ist, dass im Rahmen der Fortschreibung in den Bereichen, in
denen die Ziele in den letzten Jahren nicht erreicht wurden, nun statt
einer Verstärkung der Anstrengungen und einer Anpassung der Maßnahmen an
den Zielen selbst gedreht wird. So heißt es in der Antwort der
Landesregierung zum Thema Lärm: „Bereits im Zwischenbericht 2004 zum
Umweltplan hat der Ministerrat festgestellt, dass die Zielwerte zum Schutz
vor Lärm „auch bei größten Anstrengungen auf absehbare Zeit nicht überall
erreichbar“ sind. Die ursprünglichen Ziele wurden daher aufgegeben und
durch neue, realistischere ersetzt.“ Und zu Gewässerschutz: „Im Kapitel
Gewässerschutz wird das Ziel einer flächendeckenden Durchgängigkeit von
Fließgewässern bis 2027 als unerreichbar angesehen.“

Antrag mit Antwort: www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/1000/14_1289_d.pdf

2) GEPLANTES KOHLEKRAFTWERK IN KARLSRUHE

Die Antwort auf meinen Antrag zum geplanten Neubau eines 800 MW
Kohlekraftwerks im Karlsruher Westen macht deutlich, wie groß die zu
erwartenden Emissionsmengen sind. So liegt z.B. bei Stickoxiden die
maximale Fracht bei ca. 6000 t/a (zum Vergleich: bisher werden im gesamten
Stadtgebiet ca. 7.500 t/a emittiert). Zu den zu erwartenden CO2-Emissionen
wollte sich das Ministerium nicht äußern. Klar ist aber, dass ein Kraftwerk
dieser Größe mehrere Millionen Tonnen CO2 pro Jahr emittieren wird (zum
Vergleich: Der Stadtkreis Karlsruhe emittiert schon jetzt ca. 7 Mio. Tonnen
CO2 pro Jahr und liegt damit weit vor Stuttgart mit ca. 3 Mio. t CO2-
Ausstoß. Das neue Kraftwerk könnte mehr CO2 emittieren als die gesamte
Stadt Stuttgart). Die Karlsruher Grünen haben sich klar gegen das geplante
Kraftwerk positioniert.

Antrag mit Antwort: www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/1000/14_1315_d.pdf
Pressemitteilung vom 16.06.07: www.gruene-bw.de/fileadmin/gruene-karlsruhe/mdl/PM-Kohlekraft.pdf

3) GLOBAL MARSHALL PLAN INITIATIVE

Die Landesregierung steht der „Global Marshall Plan“ Initiative „eher zurückhaltend gegenüber“ und spricht sich nicht für eine Unterstützung der Initiative aus. Dies geht aus der Antwort der Regierung auf einen gemeinsamen Antrag von SPD und GRÜNEN hervor. Der Antrag wurde ins Plenum überwiesen.

Antrag mit Antwort (derzeit leider noch nicht im Internet verfügbar, sollte aber in Bälde erscheinen unter): www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/1000/14_1201_d.pdf

Homepage der Global Marshall Plan Initiative: www.globalmarshallplan.org

4) ÖKOSTROM FÜR LANDESBEHÖRDEN

Nachdem in Karlsruhe Ende Mai von Grünen, BUND, NABU und Greenpeace zu einer „Stromwechsellparty“ eingeladen worden war, versuche ich nun, auch die Landesverwaltung für Ökostrom zu gewinnen und habe dazu einen Antrag eingebracht.

Wie sinnvoll ein Umstieg auf Ökostrom wäre und wie wenig Gedanken man sich dazu bisher in der Landesregierung gemacht hat, zeigt beispielhaft die Antwort der Landesregierung auf einen GRÜNEN Klimaschutz-Antrag. Auf die Forderung, die CO₂-Emissionen landeseigener Gebäude bis 2020 zu halbieren, heißt es da: „Die CO₂-Emissionen aus Landesgebäuden resultieren zu ca. 30 % aus dem Stromverbrauch ... Auf den CO₂-Ausstoß bei der Stromerzeugung, der zu großen Teilen mit fossilen Brennstoffen betriebenen Kraftwerke der Energieversorger, hat das Land keinen unmittelbaren Einfluss.“

Antrag Ökostrom: www.landtag-bw.de/WP14/drucksachen/Txt/14_1357.html

Antrag Masterplan Klimaschutz 2020: www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/1000/14_1228_d.pdf

5) HOLZEINSCHLAG UND HÖHLENBÄUME

Mit den Auswirkungen eines gesteigerten Holzeinschlags auf die Altersstruktur des Waldes und seine Lebensraumfunktion befasst sich eine im Juni eingereichte Kleine Anfrage. Nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Verwaltungsreform ist der Druck auf die Forstverwaltung gestiegen, „schwarze Zahlen“ zu schreiben. Zu befürchten ist, dass andere Ziele der multifunktionalen, nachhaltigen Waldwirtschaft unter diesem Druck ins Hintertreffen geraten und insbesondere der Natur- und Artenschutz im Wald unter den betriebswirtschaftlichen Zielvorgaben leidet.

Anfrage: www.landtag-bw.de/WP14/drucksachen/Txt/14_1391.html

6) ARZNEIMITTEL IM WASSER

Zum Thema „Arzneimittel im Wasser“ waren in jüngster Zeit einige Presseartikel zu lesen. Ich habe die Problematik mit einer Kleinen Anfrage aufgegriffen, die sich insbesondere mit der Entsorgung von Medikamenten befasst. Bekannt ist, dass die unsachgemäße Entsorgung von unverbrauchten Medikamenten über die häuslichen Abwässer immer noch in deutlichem Umfang erfolgt.

Anfrage: www.landtag-bw.de/WP14/drucksachen/Txt/14_1369.html

7) GEBIETSHEIMISCHES SAATGUT

Jedes Jahr werden in Baden-Württemberg auf mehreren Tausend Hektar Grünflächen mit Gräsern und Kräutern angesät. Obwohl das Naturschutzgesetz regelt, dass in der freien Landschaft gebietsheimisches Saatgut zu verwenden ist (Ausnahme: Land- und Forstwirtschaft), werden die meisten Ansaaten z.B. im Straßenbau immer noch mit bundesweit einheitlichen Saatmischungen durchgeführt. Mit einer Umstellung auf gebietsheimisches Saatgut könnte die Artenvielfalt gefördert und Florenverfälschung vermieden werden. Der SPD-Abgeordnete Rust hatte bereits 2006 eine Anfrage zum Thema eingereicht. Ich habe nun per Antrag nach.

Anfrage Rust: www2.landtag-bw.de/wp14/drucksachen/0000/14_0642_d.pdf

Antrag Splett: www.landtag-bw.de/WP14/drucksachen/Txt/14_1480.html

8) ANHÖRUNG „NATURSCHUTZVERWALTUNG UNTER DRUCK“

Am 25.06. habe ich im Landtag eine Anhörung zum Thema „Naturschutzverwaltung unter Druck“ veranstaltet. Mit Dr. Christian Hey, Falk Ebinger und Prof. Arthur Benz referierten drei ausgesprochen fachkompetente Verwaltungswissenschaftler über die Folgen der Verwaltungsreformen auf die Umwelt- und Naturschutzverwaltung. Ergänzt wurden diese Beiträge durch Referate von Reiner Ehret (LNV) und Harald Ebner (BBN) sowie Diskussionsbeiträge der ca. 20 TeilnehmerInnen, darunter MitarbeiterInnen der Naturschutzverwaltung, Naturschutzbeauftragte und Vertreter der Naturschutzverbände.

Die Presseresonanz ist bei derartigen Anhörungen wohl grundsätzlich gering. Umso erfreulicher war, dass am Tag der Anhörung ein Artikel zum Thema in der bw-woche erschien.

Links zu den vorgestellten Gutachten sind auf meiner Homepage zu finden: www.gisela-splett.de/graphics/Anhoerung-Infos.pdf

Pressemitteilung: www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/188/188435.verwaltungswissenschaftler_verwaltunggsre.htm

9) PRESSEKONFERENZ RECYCLINGPAPIER

Am 31. Mai habe ich auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit der "Initiative 2000 plus - Schulmaterialien aus Recyclingpapier" für mehr Recyclingpapier in Landesbehörden geworben. Die Unterlagen zur Pressekonferenz können nachgelesen werden unter:

www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/themen/dokbin/184/184872.recyclingpapier_umweltfreundlich_und_bil.pdf

Meine vorangegangenen Initiativen zum Thema haben in der Zwischenzeit immerhin dazu geführt, dass Umweltministerin Gönner ihre Ressortkollegen angeschrieben und dazu aufgefordert hat, den Recyclingpapieranteil in ihren Ressorts zu erhöhen.

10) ÖKOKONTO IN DENKSCHRIFT DES RECHNUNGSHOFES

Die neueste Denkschrift des Rechnungshofs (www.rh.bwl.de) widmet dem „Ökokonto als Lösungsansatz für Umsetzungsdefizite bei Straßenbau und Gewässerentwicklung“ einen längeren Beitrag. Interessant fand ich hierbei insbesondere die Schilderung der bestehenden Umsetzungsdefizite. Der Rechnungshof konstatiert, dass der Umsetzungsgrad der Kompensationsmaßnahmen im Bereich Straßenbau bei mageren 50 bis 70% liegt und Funktions- und Wirkungskontrollen nicht durchgeführt werden.

11) VOR-ORT-TERMIN AM KAISERSTUHL

Am 5. Juni war die „Öko-Abteilung“ der Grünen Landtagsfraktion, das sind meine Kollegen Bernd Murschel, Reinhold Pix und ich sowie unser parlamentarischer Berater Markus Rösler, am Kaiserstuhl unterwegs. Thema war die Verzahnung von Naturschutz, Landwirtschaft/Weinbau und Tourismus. Unter fachkundiger Führung von Diana Pretzell und Reinhold Treiber haben wir mehrere Projekte von PLENUM am Kaiserstuhl (www.naturgarten-kaiserstuhl.de) besichtigt. Der nächste Vor-Ort-Termin ist für November geplant und soll uns ins Biosphärengebiet Schwäbische Alb führen.

++++
Gisela Splett MdL
Büro im Landtag
Mitarbeiter: Alexander Geiger
Konrad-Adenauer-Str. 12
70173 Stuttgart
Telefon: 0711-2063-966
Fax: 0711-2063-660
Mail: gisela.splett@gruene.landtag-bw.de
Homepage: www.gisela-splett.de
++++